

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 9./Dezember 1954

Blatt 2101

## Öffentliche Einsichtnahme in den Voranschlag 1955

=====

9. Dezember (RK) Von Freitag, den 10. Dezember, bis einschließlich Donnerstag, den 16. Dezember, wird der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1955 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Die Auflegung erfolgt innerhalb der Amtsstunden in der Magistratsabteilung 5, Wien 1, Neues Rathaus, 2. Stock, Tür 451, wo allfällige Erinnerungen der Gemeindeglieder zu Protokoll genommen werden.

- - -

## Morgen Konstituierung des Wiener Gemeinderates

=====

9. Dezember (RK) Der Gemeinderat der Stadt Wien tritt morgen, Freitag, den 10. Dezember, um 11 Uhr, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Nach der Bestellung provisorischer Schriftführer werden die Mitglieder des Gemeinderates angelobt. Hierauf muß die Zahl der Vorsitzenden festgesetzt werden, im Anschluß daran erfolgt deren Wahl. Der nächste Punkt der Tagesordnung sieht die Wahl des Bürgermeisters vor, der im Anschluß daran das Gelöbnis leistet. Nach der Bestimmung der Zahl der Schriftführer und deren Wahl wird die Zahl der Mitglieder des Stadtsenates bestimmt, werden die Stadträte gewählt und angelobt. Darauf folgt die Wahl der Vizebürgermeister, die Bestimmung der Verwaltungsgruppen, die Bestimmung der Zahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse und deren Wahl. Schließlich werden noch 12 Mitglieder der gemeinde-

./.

rätlichen Personalkommission gewählt. Hierauf wird die Sitzung des Gemeinderates unterbrochen.

In einer kurzen Sitzung des Wiener Stadtsenates wird ein Vorschlag über die Amtsführenden Stadträte erstattet, der nach wiederaufgenommener Sitzung dem Gemeinderat zur Annahme unterbreitet wird. Es folgen die Wahl des Disziplinarkollegiums, die Wahl von 14 Mitgliedern in den Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien, die Wahl des Vorsitzenden und zweier Beisitzer des Schiedsgerichtes der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien und die Wahl von neun Mitgliedern des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Im Anschluß an die konstituierende Sitzung des Gemeinderates tritt der Wiener Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Seine Tagesordnung sieht die Wahl des Präsidenten, des 2. und 3. Präsidenten vor, die Wahl von neun Mitgliedern des Immunitätskollegiums, die Wahl von neun Mitgliedern des Unvereinbarkeitsausschusses und schließlich die Wahl von 12 Mitgliedern des Bundesrates.

- - -

#### J.G. Daum zum Gedenken

=====

9. Dezember (RK) Auf den 12. Dezember fällt der 100. Todestag des Begründers eines berühmten Wiener Vergnügungsetablissemments Josef Georg Daum.

Am 1. Dezember 1789 in Wien geboren, mietete er 1820 den alten Seitzer-Keller auf dem Hohen Markt, der tausende Besucher faßte, baute ihn aus und machte ihn unter dem Namen "Elysium" zu einem Zentrum des Wiener Unterhaltungslebens. Als der Seitzer-Hof 1838 abgerissen werden mußte, errichtete Daum in dem Keller des alten Jesuitenklosters zwischen Annagasse und Johannesgasse ein neues "Elysium", das bald eine europäische Sehenswürdigkeit wurde. Er schmückte die ausgedehnten Kellerräumlichkeiten ständig mit neuen Dekorationen, die auf die Zeitereignisse Bezug nahmen.

./.

Jedem Erdteil war ein Saal gewidmet und eine echte Pferdeisenbahn führte in das "geheimnisvolle Reich des Wasser- und Feuergottes". Nach dem Todes Daums führte dessen Sohn das Elysium bis 1863 weiter. Dann wurde es endgültig geschlossen.

- - -

### Erfolgreiche Kinderbuchschau

=====

9. Dezember (RK) Die Ende November vom Kulturamt der Stadt Wien im Ausstellungsraum am Friedrich Schmidt-Platz eröffnete Kinderbuchschau erfreut sich von Tag zu Tag eines größeren Interesses der Öffentlichkeit. Eltern, die ihren Kindern ein gutes Buch unter den Weihnachtsbaum legen möchten, begrüßten die Gelegenheit, sich hier über die geeignete Lektüre für ihre Sprößlinge von erfahrenen Bibliothekaren der städtischen Büchereien beraten zu lassen. Bis jetzt wurden auf dem Friedrich Schmidt-Platz 3.223 Besucher gezählt. Schon wenige Tage nach der Eröffnung der Bücherschau bekam der Ausstellungsraum auch sein Stammpublikum. Jeden Nachmittag kommen auf den Friedrich Schmidt-Platz lesehungrige Kindergruppen, die hier mit großem Eifer ihre täglichen Lesekostproben konsumieren.

Die Kinderbuchschau der Stadt Wien bleibt bis 23. Dezember geöffnet. Sie ist täglich von 9 bis 19 Uhr auch an Sonntagen frei zugänglich. Wer sich hier beraten läßt, hat die Gewißheit, daß sein Kind ein gutes Buch in die Hände bekommt.

- - -

Die neue Einteilung der Verwaltungsgruppen  
=====

9. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat wird morgen in seiner konstituierenden Sitzung auch die Geschäftsgruppen der Wiener Stadtverwaltung bestimmen. Gegenüber der bisherigen Einteilung sind einige Änderungen vorgesehen:

Die Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, bleibt unverändert. Die Geschäftsgruppe II, Finanzwesen, wird in Zukunft verschiedene gemischtwirtschaftliche Betriebe betreuen, wie das Lagerhaus und die WÖK, die bisher bei den Städtischen Unternehmungen verwaltet wurden. Zur Geschäftsgruppe III, Kultur und Volksbildung, kommt die Magistratsabteilung 56, städtische Schulverwaltung, die aus der Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten herausgenommen wurde. Die Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen und die Gruppe V, Gesundheitswesen, bleiben unverändert. Zugunsten der neuen Geschäftsgruppe gibt die Gruppe VI, Bauangelegenheiten, die Magistratsabteilungen 30, Kanalisation, 31, Wasserwerke und 44, städtische Bäder, ab. Die Magistratsabteilung 33, öffentliche Beleuchtung, wandert zur Geschäftsgruppe VII. Die Geschäftsgruppe VII, baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, verliert die Magistratsabteilung 45, Wäschereien, und 48, Fuhrwerksbetrieb, Müllbeseitigung und Straßenpflege; hinzu kommt aus der Geschäftsgruppe VI die öffentliche Beleuchtung. Die neue Geschäftsgruppe VIII, öffentliche Einrichtungen, umfaßt also die Kanalisation, die Wasserwerke, die Wäschereien, die städtischen Bäder und Fuhrwerksbetrieb, Müllbeseitigung und Straßenpflege. Die Geschäftsgruppe IX ist nunmehr für das Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen zuständig. Ihre Agenden bleiben unverändert. Die Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, verliert die Schulverwaltung an die Geschäftsgruppe III und jenen Teil des Liegenschaftsamtes, der die Grundkäufe besorgt. Diese Agenden werden der Magistratsabteilung 65 innerhalb der Gruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten übertragen. Die Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, erhält, wie vorher angeführt, einen Teil des Liegenschaftsamtes, die Geschäftsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, bleibt bis auf die nunmehr von der Geschäftsgruppe II betreuten gemischtwirtschaftlichen Betriebe unverändert.

Geehrte Redaktion!

=====

Wie alljährlich wurden auch heuer die Preisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung bestimmt. Sta trat Mandl wird Montag, den 13. Dezember, um 15 Uhr, in seinem Büro, Wien 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, den Vertretern der Presse die Namen der Preisträger 1954 aus der Dr. Karl Renner-Stiftung bekanntgeben.

Sie sind herzlich eingeladen einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

- - -

Eine neue Brücke zum Wiener Hafen  
=====

9. Dezember (RK) Stadtrat Thaller eröffnete heute mittag im Osten Wiens einen neuen Brückenbau über den Schwechat-Wildbach. Die neue Brücke steht auf der Umfahrungsstraße Kaiser-Ebersdorf - Albern und bedeutet einen weiteren Schritt im Ausbau des Wiener Hafengebietes.

Die Brücke hat eine Länge von rund 77 Metern. Die mit Hartgussasphalt versehene Fahrbahn ist 7.5 Meter breit und wird von 1.5 Meter breiten Gehwegen eingesäumt. Sie kann von Fahrzeugen bis zu 60 Tonnen befahren werden. Die Gesamtkosten betragen 1,6 Millionen Schilling.

Die besondere Bedeutung der Brücke liegt darin, daß ein großer Teil des Gemüsebedarfes Wiens aus dem Gebiete der Gärtnereien von Albern, Mannswörth und Schwechat seinen Weg über diese Brücke nimmt. Auch der Verkehr zu dem im Ausbau begriffenen Hafengebiet und zum Schwechater Flugplatz geht zum großen Teil über diese Brücke. Im Falle einer Behinderung des Verkehrs in der Simmeringer Hauptstraße und Preßburger Bundesstraße ergibt sich hier die Möglichkeit einer Umleitung.

- - -

Pferdemarkt vom 7. Dezember  
=====

9. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 233 Pferde, davon 17 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 214, als Nutztiere 3, verkauft. Unverkauft blieben 16 Pferde. Kontumazanlage: 50 Stück aus Jugoslawien. Der Marktverkehr war lebhaft.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Niederösterreich 124, Oberösterreich 55, Burgenland 31, Steiermark 19, Salzburg 1, Kärnten 1.

- - -

Autobusverkehr am Silbernen und Goldenen Sonntag  
=====

9. Dezember (RK) Am Silbernen Sonntag, dem 12. Dezember, und am Goldenen Sonntag, dem 19. Dezember, werden in der Zeit von 8.30 bis 19 Uhr folgende Autobus-Taglinien betrieben:

Linie 4 Westbahnhof - Stephansplatz - Aspernplatz, Linie 5 Stephansplatz - Floridsdorf Am Spitz, Linie 7 Südtiroler Platz - Stephansplatz - Franz Josefs-Bahnhof, Linie 8 Hernalser Gürtel - Stephansplatz - Sechskrügelgasse (Rochusgasse).

- - -

Ein Ehrentag der "Blauen Schwestern"  
=====Bürgermeister Jonas sprach zu den Krankenpflegerinnen des  
Allgemeinen Krankenhauses

9. Dezember (RK) Das Wiener Allgemeine Krankenhaus gedachte heute mittag in einer Feierstunde des 50jährigen Bestandes seiner "Blauen Schwestern", der ältesten Institution der Krankenpflegerinnen, die seit ihrer Gründung im Dienste des Wiener Gesundheitswesens steht. An der Feier nahmen Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Weinberger, der Direktor des Allgemeinen Krankenhauses Prof. Dr. Schönbauer mit den leitenden Ärzten sowie die ältesten diplomierten Krankenpflegerinnen teil.

Prof. Dr. Schönbauer verglich die Zustände in den Wiener Spitätern um die Jahrhundertwende - also zur Zeit der Gründung der Blauen Schwesternschaft - mit denen der Gegenwart. Das Wiener Allgemeine Krankenhaus bestand damals aus dürftigen Räumen mit unzulänglichen Einrichtungen. Es gab keine Krankenschwestern, sondern nur Wärterinnen ohne Ausbildung. Erst 1904 folgte der damalige Direktor Hofrat Dr. Mucha dem Beispiel von Prof. Billroth und gründete auch für die Wiener Fondskrankenanstalten im Gebäude des alten Versorgungshauses am Alsergrund eine Pflegeschule mit Schwesternheim. Mit der Gründung dieses Institutes begann vor 50 Jahren eine grundlegende Reform des weltlichen Pflegerinnendienstes. Prof. Dr. Schönbauer würdigte den großen Anteil, den sich die Blauen

Schwestern an der Entwicklung der Medizin in Wien erworben haben.

Vizebürgermeister Weinberger beglückwünschte die Krankenpflegerinnen zu ihrem Jubiläum im Namen des städtischen Gesundheitswesens. Der 50. Geburtstag der Blauen Schwestern, sagte er, fällt in den Advent, in die Zeit der Besinnung und Erwartung. Das Schwestersein kommt nicht von ungefähr, es muß jeden Tag durch die Bereitschaft zum Dienst am leidenden Menschen bewiesen werden. Die aufopfernde Arbeit der Krankenpflegerinnen kann daher von unserer Gemeinschaft nicht genug eingeschätzt werden.

Bürgermeister Jonas gedachte des Gründungstages der Institution der Blauen Schwestern, mit dem zugleich der Grundstein zur sozialen Hebung des vordem nur gering eingeschätzten Berufes der Krankenpflegerinnen gelegt wurde. Er begrüßte es, daß das Krankenpflegewesen in Wien seither einen so beachtlichen Aufschwung nahm. "Leider haben die beiden Weltkriege", sagte er, "wieder empfindliche Rückschläge auch auf diesem Gebiet, und zwar durch den Abzug von qualifizierten Kräften für den Kriegsdienst und deren Ersatz durch weniger so sorgfältig ausgebildetes Personal bewirkt. Der zweite Weltkrieg hat uns außerdem sehr umfangreiche Zerstörungen an den Spitalsbaulichkeiten und schwere Einbußen an Inventar und ärztlichen Einrichtungen hinterlassen. Diese gewaltigen Verluste mußten zunächst behoben werden, um überhaupt die Spitalsbetriebe so fortführen zu können, wie es im Interesse der Wiener Bevölkerung notwendig ist".

Bürgermeister Jonas verwies dann auf den Wiederaufbau und die Neugestaltung der Wiener Pflegerinnenschule durch die Stadt Wien. Diesen Aufgaben hat die Stadtverwaltung ihr volles Augenmerk zugewendet. In Wien gibt es derzeit vier Krankenpflegeschulen und zwei Säuglings- und Kinderpflegeschulen. Erst im Vorjahr wurde im Wilhelminenspital ein vorbildliches Schwesternheim eröffnet, das den gewaltigen Fortschritt gegenüber dem ehemaligen Spitalskammerln, die neben den Krankensälen lagen, besonders deutlich erkennen läßt. Er erklärte, daß auch im geplanten Neubau des Allgemeinen Krankenhauses auf eine allen modernen Anforderungen entsprechende Pflegeschule und ein ebenso modernes Schwesternheim Bedacht genommen werden muß. "Fachlich gut geschulte und



nach hartem Dienst wieder gut erholte Schwestern", sagte der Bürgermeister abschließend, "gehören heutzutage zu den unerläßlichen Voraussetzungen einer seiner Aufgabe voll bewußten Spitalwesens. Pflegeschulen und Schwesternheime sind und bleiben aber auch ein wirksames Mittel zur sozialen Hebung des Schwesternstandes selbst!"

Bürgermeister Jonas überreichte dann zur Erinnerung an den 50jährigen Bestand der Blauen Schwestern an rund 200 Krankenpflegerinnen des Wiener Allgemeinen Krankenhauses, die zugleich ihr 25, 30, 35 und 40jähriges Dienstjubiläum begehen, eine Brosche. Der Feier im Hörsaal der Klinik Schönbauer wohnten auch einige Krankenpflegerinnen bei, die als erste Blaue Schwestern im Allgemeinen Krankenhaus bedienstet waren.

- - -

#### Rindernachmarkt vom 9. Dezember

=====

9. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 23 Ochsen, 10 Stiere, 78 Kühe, Summe 111. Neuzufuhren: 1 Stier, 19 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 25. Gesamtauftrieb: 23 Ochsen, 11 Stiere, 97 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 136. Verkauft: 6 Ochsen, 1 Stier, 21 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 30. Unverkauft: 17 Ochsen, 10 Stiere, 76 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 106.

- - -

#### Schweinenachmarkt vom 9. Dezember

=====

9. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 433 Schweine, davon 10 Stück aus dem Inland und 423 aus Ungarn. Neuzufuhren aus Ungarn: 638; Gesamtauftrieb: 1.071. Verkauft wurden 741. Unverkauft blieben 330 Stück aus Ungarn. Kontumazanlage 928 Stück aus Bulgarien.

- - -

Der Voranschlag der Stadt Wien für 1955  
=====

9. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen Resch gab heute einem Vertreter der "Rathaus-Korrespondenz" folgende Darstellung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1955: Er schilderte vorerst, wie die heurigen Wahlen und die darauffolgenden endlosen Parteienverhandlungen die Aufstellung des Budgets erschwert haben. Die erst in den letzten Tagen zwischen den Koalitionsparteien vereinbarte neue Geschäftsverteilung konnte im Budget nicht berücksichtigt werden, sondern wird durch Beilagen zum Budgetentwurf den Mitgliedern des Gemeinderates zur Kenntnis gebracht werden. Während kleinere Gebietskörperschaften, wie zum Beispiel Salzburg und Niederösterreich wegen ihrer Wahlen überhaupt kein normales Budget erstellen konnten, habe Wien dies, wenn auch unter Schwierigkeiten, aber doch fertig gebracht. Wien ist kleiner geworden, das müsse bei allen Vergleichen mit den früheren Budgets oder Rechnungsabschlüssen berücksichtigt werden. Durch den Wegfall der Randgemeinden hat Wien 150.000 Einwohner, also 8.5 Prozent verloren, eine Einwohnerzahl, die ungefähr der von Salzburg und St.Pölten zusammengenommen, entspricht. Von unserer Bodenfläche haben wir fast zwei Drittel verloren, besitzen aber immerhin noch eineinhalb Mal so viel wie vor 1938. Die Einnahmen der Randgemeinden sind am 1. September restlos weggefallen. Stadtrat Resch schätzt den Einnahmenverlust auf mindestens 150 Millionen Schilling. Das sind 5 Prozent der Gesamteinnahmen. Die Ausgaben dagegen konnten nur zum Teil eingespart werden. So hat die Stadt Wien in den Randgemeinden ungefähr 1.600 Angestellte beschäftigt, Niederösterreich hat aber bisher erst 900 übernommen, sodaß die Verwaltung Wiens mit dem Aufwand für 700 Angestellte der Randgemeinden belastet bleibt. Auch der Sachaufwand sei nicht in einem Zuge den geänderten Verhältnissen anzupassen. Wien hat für die Randgemeinden mehr ausgegeben, als dort eingenommen wurde.

Stadtrat Resch befaßte sich dann mit der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs im letzten Jahr und stellte einen unbestreitbaren wirtschaftlichen Aufschwung fest. Die industrielle Produktion ist auf das Zweifache gestiegen, die Zahl der Be-

9. Dezember 1954

"Rathaus-Korrespondenz"  
als

Blatt 2111

schäftigten hat gegen 1937 um mehr/50 Prozent zugenommen und auch die Produktivität ist um 17 Prozent höher geworden. Die erhöhte industrielle Produktion komme aber zu einem größeren Teil der Erzeugung von dauerhaften Gütern und nur zu einem geringen Teil der Erzeugung von Konsumgütern zugute. So ist der Index für dauerhafte Güter auf 266 gestiegen, der für Konsumgüter aber erst auf 136, das heißt, der größere Teil der erhöhten Produktion dient der Schaffung von Vermögenswerten und nur ein kleiner Teil der Vermehrung der Konsumgüter. Die Ursache liegt in der geringen Kaufkraft der Massen, denn man kann nicht mehr Konsumgüter produzieren, als absetzbar sind. Soll Österreich eine dauernde Mengenkonjunktur erreichen, muß die Kaufkraft der Massen gesteigert werden. Solange eine echte, dauernde Mengenkonjunktur nicht erreicht ist, ist die Vollbeschäftigung nicht gesichert. Daher sind noch öffentliche Investitionen zur Stützung der Wirtschaft und der Beschäftigungslage erforderlich. Überlegt man, welche große Aufgaben Wien auf fast allen Gebieten seiner Verwaltung noch zu leisten haben wird, dann muß man zur Überzeugung kommen, daß im Interesse der Wirtschaft dieser Stadt und seiner Arbeiter und Angestellten an den Einnahmen der Stadt nicht gerüttelt werden darf.

Stadtrat Resch beschäftigte sich dann mit den Steuerermäßigungen des Bundes und stellte fest, daß die Stadt Wien 50 Prozent der Mindereinnahmen der Lohnsteuer und der Einkommensteuer zu tragen hat. Die Lohnsteuer dürfte im heurigen Jahr um eine halbe Milliarde weniger einbringen als 1953 und die Reform der Einkommensteuer wird sich/bei <sup>erstmalig</sup> der Bemessung der Einnahmen für das Jahr 1954 voll auswirken. Nun ist es richtig, daß Steuerermäßigungen von kleinen und mittleren Einkommen die Konsumkraft und damit die Einnahmen aller Konsumsteuern, vor allem der Umsatzsteuer, steigern. Der Bund ist aber an der Umsatzsteuer mit zwei Dritteln beteiligt, die Länder und Gemeinden nur mit einem Drittel. Die Herabsetzung der Steuern bei hohen Einkommen fördert die Kapitalbildung. Die hierauf lastenden Vermögenssteuern gehören zur Gänze dem Bund, die Länder und Gemeinden haben keinen Anteil hiervon. Die Steuerreformen bringen also eine starke Erhöhung der Umsatzsteuer- und Vermögenssteuereinnahmen des Bundes und nur eine geringfügige Erhöhung des Umsatzsteueranteiles der Länder und Gemeinden.

Sie verschieben also die Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundessteuern zugunsten des Bundes und zu Ungunsten der Länder und Gemeinden. Die Finanzlage der Gemeinden Österreichs hat sich durch die Steuerreformen wesentlich verschlechtert, weil die geringen Mehreinnahmen nicht mehr die stark gestiegenen Personal- und Sachaufwendungen decken.

Einnahmen: 3.078 Millionen - Ausgaben: 3.368 Millionen

Das Budget sieht im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt Einnahmen von 3.078 Millionen Schilling und Ausgaben von 3.368 Millionen Schilling vor. Die Einnahmen steigen um 178 Millionen, die Ausgaben hingegen um 278 Millionen, sodaß sich ein Abgang von 290 Millionen Schilling ergibt, das sind 8.6 Prozent des Budgetvolumens und um 101 Millionen Schilling mehr als heuer.

Von den Gesamtausgaben von 3.368 Millionen Schilling entfallen auf den Personalaufwand 1.093 Millionen Schilling, um 113 Millionen Schilling mehr, auf den laufenden Sachaufwand 1.329 Millionen Schilling, um 133 Millionen Schilling mehr und auf Investitionen 945 Millionen Schilling, um 33 Millionen Schilling mehr als heuer. Vergleicht man den Personalaufwand zu dem heurigen Personalaufwand ohne Randgemeinden, so ergibt sich eine Steigerung des Personalaufwandes um 14 Prozent, trotzdem der Personalstand gegenüber heuer um 1.334 Angestellte vermindert angenommen wurde. Die Ursache der starken Steigerung des Personalaufwandes liegt also allein in der ganzjährigen Auswirkung der zweiten Etappe der Entnivellierung und in dem im Budget vorgesehenen Vorziehen der dritten Etappe der Entnivellierung auf den 1. Juni 1955.

#### 10.800 neue Wohnungen

In der Finanzgruppe sind heuer für den genossenschaftlichen Wohnungsbau an Krediten 100 Millionen Schilling vorgesehen, also doppelt so viel als 1954. Rechnet man hiezu die Kredite des Bundeswohn- und Siedlungsfonds von 200 Millionen Schilling und die Eigenmittel mit 30 Millionen Schilling, so ergibt sich für den genossenschaftlichen Wohnungsbau eine zur Verfügung stehende Bausumme von 330 Millionen Schilling, die für mindestens 3.300 Wohnungen ausreicht. Wien erhält weiters vom Bund für Zwecke der Wohnbauför-

derung einen Betrag von 70 Millionen Schilling, der durch einen 50prozentigen Zuschlag der Gemeinde auf 105 Millionen erhöht wird. Mit den Eigenmitteln ist durch die Wohnbauförderung der Bau von mindestens weiteren 1.500 Wohnungen gesichert. Rechnet man hierzu die 6.000 Wohnungen, die mit den im Budget ausgeworfenen 490 Millionen Schilling im sozialen Wohnungsbau gebaut werden können, so ist im nächsten Jahr mit dem Neubau von insgesamt mindestens 10.800 Wohnungen zu rechnen.

### 206 Millionen für Kultur

Zur Kulturgruppe wird nach der neuen Geschäftseinteilung nunmehr auch die gesamte Verwaltung der Pflicht- und Berufsschulen gehören. Das Budget dieser Gruppe steigt damit auf 206 Millionen Schilling, wovon 112 Millionen durch die Übernahme der Schulverwaltung neu hinzugekommen sind. Vergleicht man den Aufwand der Kulturgruppe ohne Schulverwaltung, so steigen die Ausgaben von 63 Millionen heuer auf 94 Millionen im Jahre 1955, also um 31 Millionen Schilling. Für Zwecke der Förderung von Kunst und Wissenschaft werden 6 Millionen ausgeworfen, davon für die Aktion "Theater ins Volk" eine Million Schilling. Für den Museumsbau sind 6 Millionen, für den Bau der Stadthalle 40 Millionen und als erste Baurate für den Aufbau des Stadions 8 Millionen Schilling im Budget.

Die Schulverwaltung hat bekanntlich heuer die Handelsakademien und Handelsschulen an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft rückstellen müssen und sie hat durch die Ausgemeindung weitere 85 Schulen mit 498 Klassen und 14.610 Schülern verloren. Trotzdem sind für Neubauten neuerlich 15,5 Millionen Schilling und für die Behebung von Kriegsschäden an Schulgebäuden 5,2 Millionen Schilling im Budget.

Das Wohlfahrtswesen wird 392 Millionen Schilling erfordern, um 12 Millionen mehr als heuer, trotzdem in den Randgemeinden Kindergärten, Horte und sonstige soziale Einrichtungen weggefallen sind. Vier begonnene Kindergartenbauten werden vollendet und der Bau von 10 neuen Kindergärten wird begonnen werden. Hiefür sind 8,5 Millionen Schilling im Budget eingestellt. Die offene Erwachsenen-Fürsorge wird 77,8 Millionen, um 5 Millionen weniger erfordern, die geschlossene Erwachsenenfürsorge dagegen 90,5 Millionen, um 12 Millionen Schilling mehr. Trotz Einführung der Altersrente und trotz Sinken der Zahl der Befürsorgten steigt durch die Erhöhung der Kosten der geschlossenen Fürsorge der Gesamtaufwand.

Das Gesundheitswesen wird 507 Millionen Schilling, um 35 Millionen Schilling mehr als heuer brauchen. Das Anstaltenamt allein, also die Erziehungsheime, Obdachlosenheime, Altersheime und Krankenanstalten werden 655,8 Millionen ausgeben, dagegen nur 304 Millionen einnehmen, sodaß sich ein reeller Abgang von 351 Millionen Schilling ergibt. Dieser Abgang ist um 22 Millionen Schilling größer als heuer. Er würde um 47 Millionen Schilling höher sein, wenn nicht der Bund erstmalig einen Bundeszuschuß von 25 Millionen Schilling für das Defizit der Spitäler beisteuern würde. An Spitälern sind die Anstalten in Mödling und Klosterneuburg an die Randgemeinden verlorengegangen. Ein Spitalspatient kostet die Stadt Wien im kommenden Jahr 105 Schilling je Tag. Die große Steigerung der Ausgaben ist durch die Steigerung des Personalaufwandes und der Verbrauchsmaterialien, vor allem der Medikamente, begründet.

#### 1.240 Millionen Bauaufwand

Im Bauwesen, das sind die heutigen Verwaltungsgruppen VI und VII, werden starke Veränderungen vorgenommen werden. Die Verwaltungsgruppe VI wird die Abteilungen für Kanalisation, Wasserversorgung und Bäder, die Verwaltungsgruppe VII die Wäschereien, den Fuhrpark, die Straßenpflege und Kehrichtabfuhr an die neue Verwaltungsgruppe VIII abgeben müssen. Die Abteilung für öffentliche Beleuchtung wechselt von der Verwal-

tungsgruppe VI zur Verwaltungsgruppe VII. Vergleicht man auf der alten Grundlage, so ergibt sich ein Gesamtaufwand von 1.077,7 Millionen Schilling, um 5 Millionen weniger als heuer. Die Hauptursache der Ausgabenverringerung liegt in dem um 30 Millionen Schilling geringeren Ansatz für den Wohnungsbau. Der Gesamtaufwand für die Bauwirtschaft wird 1.240 Millionen Schilling ausmachen, das sind um 216 Millionen mehr als heuer, trotz verringerten Gebietsumfang. Der Gesamtbauaufwand macht 36,8 Prozent des Budgetvolumens aus.

Für den Straßenbau sind 76 Millionen Schilling, um 7 Millionen Schilling mehr vorgesehen, davon allein für den Umbau von Großverkehrsstraßen (Praterstern, Opernkreuzung) 25 Millionen Schilling. Für Brücken- und Wasserbauten sind 43 Millionen Schilling, um 3 Millionen mehr, für Kanalisation 38 Millionen Schilling, um 2 Millionen mehr, für die Wasserwerke 106 Millionen Schilling, um 7 Millionen mehr, für die öffentliche Beleuchtung 15,5 Millionen Schilling, für Gärten 42 Millionen Schilling, um 8 Millionen mehr, für Bäder 35 Millionen Schilling, um 2 Millionen weniger (die Bäder Klosterneuburg und Kritzendorf sind weggefallen), für Friedhöfe 28 Millionen, um 2 Millionen mehr und für den Fuhrpark samt der Straßenpflege 139 Millionen vorgesehen.

Die neue Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, wird also die Abteilungen für Kanalisation, Wasserwerke, Bäder, Wäschereien und Fuhrpark samt Straßenpflege umfassen. Ihre Gesamtausgaben werden 332 Millionen Schilling betragen.

Die Wohnhäuserverwaltung rechnet mit Ausgaben von 127 Millionen und Einnahmen von 90 Millionen, sodaß der Abgang 37 Millionen beträgt. Der reine Betriebsabgang ohne Wertabschreibungen und Investitionen beträgt 6,4 Millionen Schilling und wird als Rückforderung an die Wohnhäuserverwaltung ausgewiesen. Für die Behebung von Kriegsschäden sind 78 Millionen im Budget, davon 50 Millionen für die Vorfinanzierung von Totalschäden, 26 Millionen aus Fondsdarlehen und 2 Millionen für Bagatellschäden.

Die Verwaltungsgruppe für Wirtschaftsangelegenheiten muß einen Teil der Liegenschaftsverwaltung an die Verwaltungsgruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und die gesamte Schulverwaltung an die Verwaltungsgruppe für Kultur abgeben. Ihr Budgetaufwand sinkt daher um 136 Millionen auf 80 Millionen Schilling. Im Beschaffungsamte dieser Gruppe werden aber zusätzlich große Beträge verwaltet, die in den Bestellabteilungen budgetiert sind. Die Aufwände für Märkte und Schlachthöfe betragen 40 Millionen Schilling. Sie sind um 3 Millionen Schilling höher als 1954.

Die Verwaltungsgruppe für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten übernimmt den Ankauf von Liegenschaften, sodaß ihr Aufwand auf 120 Millionen steigt. Die Ausgaben für die Feuerwehr werden 51 Millionen Schilling ausmachen, davon 4,6 Millionen für Kriegsschäden. Die Feuerwachen in Ottakring und Am Hof werden fertiggebaut, der Aufbau der Feuerwache Döbling wird begonnen werden. Weggefallen sind 3,1 Millionen Schilling für die Wahlkosten und der Beitrag für die Bundespolizei ist wegen der geringeren Bevölkerungszahl um 3 Millionen auf 32 Millionen gesunken.

#### Die städtischen Unternehmungen

Die Stadtwerke umfassen die drei Großunternehmungen und die Leichenbestattung. Im E-Werk steigt der Strombezug von 872 Millionen kWh auf 1.062 Millionen kWh und überschreitet damit erstmalig die Milliardengrenze. Der Erfolgsplan schließt mit einem Überschuß von 7,1 Millionen und weist Investitionsvorhaben von 222 Millionen aus, wovon jedoch 40,9 Millionen mangels Deckung gesperrt bleiben müssen. Auch im Gaswerk steigt die Gasabgabe von 316 Millionen Kubikmeter auf 401 Millionen Kubikmeter. Der Erfolgsplan schließt mit einem Gebarungsabgang von 3,2 Millionen Schilling. Die Investitionsvorhaben machen 80 Millionen Schilling aus, wovon 9 Millionen mangels Deckung gesperrt sind. Auch bei den Verkehrsbetrieben steigt die Frequenz leicht an, und zwar von 500 Millionen auf 508 Millionen Fahrgäste. Der Erfolgsplan schließt mit einem Verlust von 6,1 Millionen Schilling, trotz



Zuschüssen von Gas- und E-Werk von insgesamt 198,5 Millionen Schilling. Ohne diese Zuschüsse würde der Gebarungsabgang der Verkehrsbetriebe 204,6 Millionen betragen, sodaß nicht nur keine Investitionen möglich wären, sondern noch Betriebsausgaben von 71 Millionen ungedeckt blieben. Die Investitionen sind mit 163 Millionen Schilling vorgesehen, wovon 30 Millionen mangels Deckung gesperrt bleiben. Die Leichenbestattung schließt mit einem Gebarungsüberschuß von 612.000 Schilling und wird 1,8 Millionen Schilling investieren. Die gesamte Investitionssumme der Stadtwerke beträgt also 459 Millionen Schilling, wovon 72 Millionen Schilling vorläufig gesperrt sind. Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet mit einer Absatzsteigerung von 3.000 Hektolitern. Der Erfolgsplan schließt mit einem Überschuß von 134.000 Schilling und sieht Investitionen von 2,1 Millionen Schilling vor. Die Gewista weist einen Gebarungsüberschuß von 329.000 Schilling aus und will 200.000 Schilling investieren.

- - -

Voranschlag der städtischen Unternehmungen 1955  
=====

9. Dezember (RK) Über die Wirtschaftspläne 1955 für die städtischen Unternehmungen teilte Stadtrat Dkfm. Nathschläger der "Rathaus-Korrespondenz" folgendes mit:

Es ist begreiflich, daß die Auswirkungen der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, in der wir uns gegenwärtig befinden, und die hoffentlich auch weiterhin anhält, auch bei den städtischen Unternehmungen ihren Niederschlag gefunden haben. In erster Linie sind von dieser intensiven Aufwärtsentwicklung die Elektrizitäts- und Gaswerke erfaßt worden. Die Steigerung des Strom- und Gasabsatzes im heurigen Jahr gegenüber den Ziffern im Jahre 1953 berechtigen zu der Annahme, daß im nächsten Jahr um 190 Millionen kWh oder 21.8 Prozent mehr Strom und um 88 Millionen Kubikmeter oder 25.7 Prozent mehr Gas verbraucht werden wird. Der Stromverbrauch wird demnach eine bis jetzt nie dagewesene Höhe von 1.062 Millionen kWh und der Gasverbrauch ebenfalls eine Höchstziffer von 400 Millionen Kubikmeter erreichen. Die Straßenbahnen sowie der Autobus- und Obusbetrieb rechnen mit einer Beförderung von rund 548 Millionen Fahrgästen, das sind um 11 Millionen mehr als der Annahme für das Jahr 1954 entsprochen hat.

Insgesamt präliminieren die sechs städtischen Unternehmungen (das sind die E-Werke, Gaswerke, Verkehrsbetriebe, Bestattung, das Brauhaus und die Gewista) an Einnahmen 2.336 Millionen und an Aufwendungen 2.337 Millionen Schilling, sodaß lediglich ein Abgang von einer Million Schilling resultiert. Mit diesen gigantischen Ziffern erreichen die Erträge der städtischen Unternehmungen 76 Prozent der Einnahmen des Budgets der Hoheitsverwaltung und 70 Prozent deren Ausgaben.

20.913 aktive Bedienstete

Sämtliche Unternehmungen werden im Jahre 1955 20.913 aktive Bedienstete einschließlich von 275 Jugendlichen beschäftigen. Der Gesamtansatz ist hiebei um 72 Bedienstete niedriger als für 1954. Hingegen steigt die Anzahl der Pensionisten um 399 auf 18.961,

und es ergibt sich das erste Mal bei den städtischen Unternehmungen, daß die Zahl der aktiven Bediensteten bei den Verkehrsbetrieben niedriger ist als die der Pensionisten. Insgesamt erhalten im Jahre 1955 39.874 Bedienstete und Pensionsparteien von den städtischen Unternehmungen Lohn, Gehalt oder Rente.

### 389 Millionen für Investitionen

Obwohl die Unternehmungen im ordentlichen Ertrag eine Steigerung um 202 Millionen Schilling gegenüber der diesjährigen Annahme präliminieren, beträgt die mögliche Investitionssumme aus den laufenden Einnahmen nur 389 gegen 391 Millionen für 1954. Die Entnivellierung der Löhne, Gehälter und Versorgungsverpflichtungen konsumieren den Mehr-Ertrag mit 54 Millionen, dazu kommen an mehrverbrauchten Rohstoffen und Materialien 99 Millionen, während sich die noch verbleibende Differenz auf den Mehrertrag von 202 Millionen auf eine Unzahl von Einzelpositionen verteilt, die vornehmlich mit dem gesteigerten Betrieb im Zusammenhang stehen.

Die Elektrizitätswerke investieren einschließlich einer Beteiligung für die Donaukraftwerke von 20 Millionen Schilling insgesamt 181,4 Millionen, das sind um 13,6 Millionen mehr, die Gaswerke 70,9 Millionen, das sind um 3,2 Millionen mehr, die Verkehrsbetriebe 133 Millionen, um 15 Millionen weniger als 1954, während die übrigen Unternehmungen mit Ausnahme des Brauhauses, dessen großes Investitionsprogramm heuer abgeschlossen werden konnte, ungefähr die gleichen Investitionen präliminieren wie 1954.

Im einzelnen verwendet das E-Werk die zur Verfügung stehenden Geldmittel in den Hauptpositionen mit 17 Millionen für den Bau neuer Umspannwerke in der Kaunitz- und Neubadgasse, 16 Millionen für die Ausgestaltung des Drehstromkabel- und Gleichstrombahnnetzes, 7 Millionen für Umschaltungen auf Drehstrom, 6 Millionen für Ortsnetze und Hausanschlüsse, 9 Millionen für Zähler und sonstige Meßeinrichtungen und 7 Millionen für Netzumspanneranlagen. Für Umspann- und Unterwerke werden um 18,4 Millionen Schilling mehr aufgewendet als heuer, hingegen für Leitungsnetze vorläufig um 14 Millionen Schilling weniger als 1954.

Die Gaswerke sehen an größeren Positionen vor: 6 Millionen für die Erneuerung der Koksförderungsanlage in Leopoldau, 4 Millionen für Rohrleitungen für Wohnhausbauten, 16 Millionen für Rohrleitungen in Siedlungen und Randgebieten, 3 Millionen für Rohrleitungen infolge Modernisierung von Straßen, 4 Millionen für Rohrauswechslungen und 16 Millionen Schilling für 38.000 Gasmesser.

#### 64 GroBraumwagen

Die Verkehrsbetriebe, nach wie vor das Sorgenkind unter den städtischen Unternehmungen, investieren bei der Straßenbahn um 15 Millionen mehr, bei der Stadtbahn hingegen um 20 Millionen weniger und beim Autobusbetrieb ebenfalls um eine Million Schilling weniger als 1954. Für Gleisanlagen ist ungefähr derselbe Betrag vorgesehen wie heuer, nämlich 30 Millionen, während für den Fahrpark nur 85 Millionen Schilling gegen 96 Millionen für 1954, also um 11 Millionen Schilling weniger, angesetzt werden konnten.

Mit den für den Fahrpark zur Verfügung gestellten Mitteln erscheinen an neuen Wagen 18 GroBraumzüge, das sind 36 Wagen, ferner 28 GroBraumbeiwagen, 29 neu aufgebaute Triebwagen für Fließverkehr, somit insgesamt 93 Wagen, ferner 25 neu aufgebaute Stadtbahnwagen und 15 großräumige Autobusse, zusammen also 133 neue Einheiten gedeckt. Allerdings ist damit die Kapazität unserer Waggon- und Autofabriken nicht ausgeschöpft; es wird daher weiterer Verhandlungen mit dem Ziele bedürfen, das Investitionsvolumen gerade auf diesem Sektor durch außerordentliche Maßnahmen noch wesentlich auszuweiten. Sowohl auf dem Gebiete des Fahrparkes als auch der Leitungsnetze der E-Werke müssen raschest Vorsorgen für eine möglichst beschleunigte Durchführung der notwendigen Investitionen getroffen werden.

Daß die städtischen Unternehmungen auch an den großen Stadtplanungsaufgaben ihren entsprechenden Anteil haben, beweist u.a. die Position der Verkehrsbetriebe, die für die Neugestaltung des Pratersterne nicht weniger als 13 Millionen Schilling aufzuwenden haben werden.

Damit ist den tarifzahlenden Wienern wenigstens in großen Umrissen ein Überblick gegeben, was mit ihrem Geld geschieht. Es erw. ist sich in allem und jedem, das alles, was bei den städti-

schen Unternehmungen dank einer modernen und rationellen Betriebsführung erübrigt werden kann, wieder der ganzen Bevölkerung zugute kommt. Das ist aber auch der Sinn und Zweck aller kommunalen Unternehmungen, dem auch im Jahre 1955 restlos entsprochen worden wird.

- - -

Ferkelmarkt vom 9. Dezember

=====

9. Dezember (RK) Aufgebracht wurden 51 Ferkel, verkauft wurden 37. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 5 Wochen 190 S, 6 Wochen 200 S, 7 Wochen 232 S, 8 Wochen 300 S, 9 Wochen 335 S, 10 Wochen 375 S.

Der Marktbetrieb war flau.

- - -